

Bezirksamt Neukölln von Berlin  
Abt. Jugend  
Jug Dez

25.04.2007  
2330

Bezirksverordnetenvorsteherin o.V.i.A.

Sitzung am : 25.04.2007

über

Lfd. Nr. :

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Drs. Nr. : 0275/XVIII

nachrichtlich den

Dringlichkeit

Fraktionen der

schriftlich

SPD, CDU, Grünen, FDP, Grauen und Linke.PDS

Konsensliste

## **Beantwortung der Mündlichen Anfrage**

### **Betr.: Rechtsextreme Übergriffe auf die Falken**

Sehr geehrte Frau Vorsteherin, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stempel,  
für das Bezirksamt beantworte ich Ihre mündliche Anfrage wie folgt:

***Was wird das Bezirksamt unternehmen, um das Anton-Schmaus-Haus der „SJD-Die Falken“ in Britz-Süd vor rechtsextremen Übergriffen und Schmierereien zu schützen?***

Der Schutz von Einrichtungen wie das Anton-Schmaus-Haus kann nicht durch das Bezirksamt gewährleistet werden. Die Zuständigkeit liegt hier bei dem zuständigen Abschnitt der Polizei, der auch ein verstärktes Augenmerk auf diese Einrichtung richtet.

Der Präventionsbeauftragte der Direktion 5 teilte mit, dass im Bereich der Polizei Maßnahmen eingeleitet wurden, um die Prävention im Bereich rechter Gewalt zu verstärken. Im April sind alle Präventionsbeauftragten in den Bezirken umfangreich geschult worden. Aus der Schulung heraus soll jetzt aktiv die Schularbeit verstärkt werden. Hierbei gehen die Präventionsbeauftragten in die Klassen und diskutieren mit den Jugendlichen zum Thema rechter Gewalt.

In aktuellen Fällen von Übergriffen auf Einrichtungen beschränken sich die Handlungsmöglichkeiten des Bezirksamtes darauf, dass hier bekannte Vorfälle an die Polizei weitergegeben werden. Aber mit dem Bewusstsein um die bestehenden

Probleme und um die Prävention zu stärken hat sich das Jugendamt um eine Finanzierung aus dem Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ beworben. Hierdurch sollen Projekte nachhaltiger präventiver Arbeit unter Einbeziehung von Schulen und Jugendarbeit entstehen. Es sollen durch gemeinsame Projektarbeit positiv besetzte gemeinsame Erlebnisse für Jugendliche geschaffen werden, um dadurch eine zusätzliche Plattform gegen rechtsgerichtete Kräfte zu bilden. Das Ziel ist die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Ressourcen und die Vernetzung gegen rechtsextreme Gewalt.

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Gabriele Vonnekold  
Bezirksstadträtin